

**Fir e staarkt
Lëtzebuerg an Europa!**



EUROPAWALPROGRAMM

www.adr.lu

adr:

IWWERSIICHT

| | |
|---|----|
| Virwuert..... | 2 |
| Fir e staarkt Lëtzebuerg an Europa | 3 |
| A) Eine konsequente Verteidigung der nationalen Interessen | 8 |
| 1) Luxemburg muss ständig in allen europäischen Institutionen vertreten sein | 8 |
| 2) Für eine Stärkung der luxemburgischen Sprache in Europa! | 9 |
| 3) Für ein entschiedenes Vertreten nationaler Interessen!..... | 10 |
| 4) Für ein selbstbewusstes Auftreten gegenüber den europäischen Institutionen! | 11 |
| 5) Für klare geographische Grenzen der Europäischen Union!..... | 12 |
| 6) Für eine zeitliche Trennung der nationalen Parlaments- von den Europawahlen! | 13 |
| 7)Für mehr Demokratie in europäischen Angelegenheiten! | 13 |
| 8) Für eine maßvolle Umsetzung europäischer Rechtsnormen..... | 14 |
| B) Die Kompetenzen der Europäischen Union | 15 |
| 1) Das soziale Europa | 15 |
| 2) Eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik | 16 |
| 3) Der Umweltschutz und die Gesundheitspolitik | 18 |
| 4) Der Welthandel | 20 |
| 5) Die Wirtschafts- und Finanzpolitik..... | 21 |
| 6) Die gemeinsame Agrar- und Weinbaupolitik | 23 |
| 7) Europäische Regionalpolitik..... | 24 |

VIRWUERT

Liebe Wählerinnen und Wähler,

Für uns alle ist die europäische Einigung eine tagtäglich erfahrbare Realität. Durch die gemeinsame Währung und die Freiheiten des Personen- und des Warenverkehrs erleben wir die Europäische Union in unserem Alltag. Auch in unserer Gesetzgebung wächst der Einfluss Europas zusehends: so machen europäische Rechtsakte bereits heute mehr als die Hälfte unserer Gesetze aus.

Bei den Europawahlen vom 7. Juni 2009 stellen Sie, liebe Mitbürger, die Weichen für die luxemburgische Europapolitik der nächsten fünf Jahre.

Wie auch in der nationalen Politik bietet die ADR Ihnen eine klare Alternative zu der Politik der anderen Parteien. Sicher, auch die ADR unterstützt die Idee eines vereinten Europas. Doch als einzige Partei setzt die ADR der europäischen Integration auch Grenzen, denn wie niemand sonst achtet die ADR auch und besonders auf den Schutz unserer nationalen Interessen.

- ✓ Die ADR verlangt, dass unser Land ständig und gleichberechtigt in allen Institutionen der EU vertreten ist.
- ✓ Die ADR ist für ein demokratisches Europa und möchte, dass die Bürger über neue Erweiterungen und Vertragsänderungen per Referendum entscheiden dürfen.
- ✓ Die ADR ist für ein soziales Europa und wird über europaweite Mindestregeln auch Arbeitsplätze in Luxemburg wirksam schützen.
- ✓ Die ADR wird die luxemburgische Sprache und Kultur in Europa fördern.
- ✓ Als einzige luxemburgische Partei spricht sich die ADR klar gegen einen Beitritt der Türkei zur EU aus.

Und weil in einem föderalen Einheitsbrei ein kleines Land wie Luxemburg alles zu verlieren hätte, an erster Stelle seine Identität, setzt sich die ADR für ein Europa ein, in dem auch die einzelnen Nationen noch ihren Platz haben.

Liebe Wählerinnen und Wähler, helfen Sie uns am 7. Juni die andere Stimme Luxemburgs hörbar zu machen. Dafür stehen unsere sechs Europa-Kandidaten, die ihren Einsatz und ihr gemeinsames Ziel durch das ADR-Motto für den EU-Wahlkampf verdeutlichen:

FIR E STAARKT LËTZEBUERG AN EUROPA !

Jean COLOMBERA

Gast GIBERYEN

Jacques-Yves HENCKES

Fernand KARTHEISER

Robert MEHLEN

Roy REDING

FIR E STAARKT LËTZEBUERG AN EUROPA

Im Hinblick auf die Wahlen zum Europäischen Parlament gilt es, Antworten auf die Fragen zu finden, die sich immer mehr Bürger über den Einfluss Europas auf ihr tägliches Leben stellen. Wird Europa als Chance oder als Bedrohung wahrgenommen? Und welche Zukunft hat Luxemburg im Europa von morgen? Wie wird sich die Europäische Union weiter entwickeln? Wie sollen die wirtschaftlichen, sozialen, umwelt- oder gesundheitspolitischen Herausforderungen bewältigt werden, vor denen unser Land und ganz Europa stehen?

In dem vorliegenden Dokument geben wir unsere Antwort auf die wichtigsten Fragen. Unsere Vision von Europa ist die eines Europas der Nationen und nicht die eines föderalen Europas!

Aufgrund seiner geopolitischen Lage im Herzen Europas konnte sich Luxemburg selbstverständlich nicht auf die Rolle eines einfachen Beobachters beim europäischen Aufbauwerk beschränken. Die schmerzlichen Erfahrungen zweier Weltkriege haben Luxemburg dazu veranlasst, auf die Annäherung der europäischen Nationen im Hinblick auf deren friedliche und harmonische Entwicklung hinzuwirken.

Die kleine Gruppe der sechs Gründerstaaten, zu denen Luxemburg zählt, hat Pionierarbeit geleistet. In den vergangenen 50 Jahren hat sich Europa von 6 auf 27 Mitgliedsstaaten erweitert. Obwohl diese Erweiterung zu schnell gegangen ist, möchten noch weitere Staaten sich diesem Europa anschließen. Diese Situation bietet jedoch auch Chancen. Wir müssen diese Chance ergreifen, um nicht nur die Rolle Europas als wirtschaftliche Macht zu stärken, sondern um auch seinen politischen Einfluss in der Welt auszubauen.

Die ADR kritisiert jedoch den Mangel an Transparenz der die Ratssitzungen kennzeichnet. Die Bürger sind von den europäischen Entscheidungsprozessen weitgehend ausgeschlossen. Nur wenigen ist bewusst, dass fast 80 % unserer Gesetze auf die europäische Ebene zurückgehen. Doch an der Ausarbeitung der europäischen Rechtsvorschriften ist das luxemburgische Parlament nur ungenügend beteiligt. Seine Rolle beschränkt sich derzeit lediglich auf die Umsetzung europäischer Rechtsakte die nicht nur in undurchsichtiger Weise erarbeitet wurden, sondern an denen die nationalen Parlamente auch fast nichts mehr ändern können.

Die Europäische Union hat einen maßgeblichen Beitrag zu Frieden und Wohlstand in Europa nach dem zweiten Weltkrieg geleistet. In den Gründerjahren waren die Kompetenzen der Europäischen Union auf die Zusammenarbeit in der Landwirtschaft oder in der Schwerindustrie (Kohle und Stahl) begrenzt. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit stand im Vordergrund.

Seither haben sich Europa und die Welt verändert. Neue globale Herausforderungen sind hinzugekommen, welche auch heute ein Zusammenwirken der europäischen Nationen verlangen.

Die Lösung globaler Herausforderungen wie die Erzeugung ausreichender und für jedermann erschwinglicher Energie und Nahrungsmittel, wie der Abbau der Armut, wie der Klimawandel, wie die Verhinderung der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen oder wie der Kampf gegen den menschenverachtenden Terrorismus verlangen auch heute nach einer engen Zusammenarbeit zwischen den europäischen Nationen. Die Europäische Union liefert dazu einen guten Rahmen. Die europäische Zusammenarbeit sollte allerdings stets strikt zielgebunden sein und die Souveränität der Mitgliedsstaaten respektieren.

Nur diejenigen Herausforderungen, welche die europäischen Nationen nicht im alleinigen Rahmen ihrer Souveränität meistern können, sollen von der Europäischen Union geschultert werden. Im Maastrichter Vertrag wurde dieses Prinzip einvernehmlich als das sogenannte „Subsidiaritätsprinzip“ festgeschrieben. Die heutigen Probleme der Europäischen Union finden ihren Ursprung, unter anderem, in der mangelhaften, nicht im Sinne des Maastrichter Vertrags erfolgten Umsetzung dieses Prinzips der Subsidiarität. Die ADR wehrt sich gegen ein zentralistisches Europa und bekennt sich ohne Wenn und Aber zum Subsidiaritätsprinzip.

Die europäischen Nationen sind ihrem jeweiligen, nationalen Kulturerbe verbunden und verpflichtet. Trotz vieler, kultureller Gemeinsamkeiten gibt es keine europäische Gesamtkultur und auch keine europäische Nation. Die Vielfalt der europäischen Sprachen reflektiert diese kulturelle Diversität. Die in der Präambel der Römischen Verträge erwähnte Wortschöpfung einer immer enger werdenden „Union“ ist deshalb auf keinen Fall gleichbedeutend, wie es heute von vielen propagiert wird, mit einer europäischen Nation oder gar einem europäischen Staat.

Das „Europa der Vaterländer“ (Charles de Gaulle, Pressekonferenz am 5. September 1960) hat Vorrang. Ein Luxemburger ist in allererster Linie der luxemburgischen Verfassung verpflichtet. Die Europäische Union ist kein Vaterland, trotz aller Notwendigkeit für eine enge Zusammenarbeit der in der Europäischen Union vertretenen Nationen. Dieses umsoweniger als man auch heute, wie es die Zusammensetzung des weltweit höchsten, dem internationalen Recht verpflichteten Gremiums, des UN-Sicherheitsrats zeigt, noch immer weit von einer europäischen Identität entfernt ist. Die mühseligen institutionellen Streitereien und Eifersüchteleien unter den europäischen Staaten bei den Gipfeltreffen der Europäischen Union seit Nizza im Dezember 2000 versinnbildlichen diese Tatsache.

Nur einer spezifischen Zielvorgabe verpflichtete Europäische Union kann sich der dauerhaften Unterstützung der europäischen Völker sicher sein. Deswegen ist eine Rückbesinnung auf das im Maastrichter Vertrag beschlossene Prinzip der Subsidiarität dringend geboten. Dieses Prinzip wird aber leider fortwährend verletzt.

In den Domänen wo europäische Zusammenarbeit gefragt und mit dem Prinzip der Subsidiarität voll und ganz vereinbar wäre, wie etwa in der Energie- oder der Sicherheitspolitik, ist allerdings nur Stillstand zu vermehren, und das auch weil die EU-Regierungen sich seit dem EU-Gipfel von Nizza im Jahre 2000 vor allem mit institutionellen und machtpolitischen Fragen des „ Wer hat was zu sagen?“ beschäftigen. Diese Machtspiele sind eine der Ursachen des Stillstandes und der Krise der Europäischen Union. Die aktuellen Probleme der Union sind daher zuallererst ein Versagen ihrer führenden Politiker, die in den hohen Sphären der Macht residierend, oftmals an den wahren Bedürfnissen der Menschen in Europa vorbeiregieren.

Dieses gilt auch für den Erweiterungsprozess der Europäischen Union. Gegen den Willen der Mehrheit der europäischen Völker und wiederum durch die Brüsseler Hintertür haben die europäischen Regierungen und die Europäische Kommission der Aufnahme von Verhandlungen mit der Türkei über einen EU-Beitritt zugestimmt. Mit einer solchen Geisteshaltung wird der Aufnahme der Verhandlungen mit der Türkei irgendwann die Aufnahme der Türkei in die Europäische Union folgen, wohlgemerkt gegen den Willen vieler Völker. Dies erklärt zum Teil auch den immer stärker werdenden Ruf der europäischen Völker nach Volksentscheiden. Würden die Wähler ihren gewählten Repräsentanten noch genügend Vertrauen entgegenbringen, so wäre dieses Phänomen wohl nicht feststellbar.

Doch seit Jahren bevormundet Brüssel den freien Willen der europäischen Völker. Das Nein des dänischen Volkes beim Maastricht Referendum, das Nein des irischen Volkes beim Nizza Referendum, das Nein des niederländischen und des französischen Volkes beim Verfassungsvertrag und schließlich das erneute Nein des irischen Volkes beim Lissabonner Vertrag wurden wiederholt von europäischen und nationalen Politikern als ein „Nein“ der Nichtwissenden, der Ignoranten und der Ungebildeten abgetan. Die Ursachen für diese wiederholten negativen Stellungnahmen europäischer Völker werden als Unverständnis der Bürger für den europäischen Einigungsprozess und die europäischen Ideale dargestellt. Eine solche Einstellung beleidigt die Wähler und führt in die Entmündigung der Bevölkerung. Mit einer demokratischen Grundeinstellung ist dies nicht vereinbar.

Die Europäische Union sollte sich auf die Tugenden ihrer Gründerväter zurückbesinnen und ihre Stärken dort einsetzen wo sie gebraucht werden und sinnvoll sind.

In dem Sinne sollten die institutionellen Machtspiele, die vor allem auf Kosten der mittleren und kleinen Länder betrieben werden, ein Ende finden. Hier geht es um grundsätzliche Fragen des Zusammenlebens in der Europäischen Union zwischen „Grossen“ und „ Kleinen“. Die Europäische Union ist eine Union des Rechts und vor dem Recht sind alle Staaten gleich, ob groß oder klein.

Eine moderne, den Bedürfnissen des 21ten Jahrhunderts angepasste Europäische Union muss sich verstärkt den tatsächlichen Bedürfnissen der europäischen Völker widmen. Energie, Forschung, Handel, Umweltschutz Transport, Sicherung der Kaufkraft der Währung, Landwirtschaft, Bekämpfung der illegalen

Einwanderung in die Union sowie der grenzüberschreitenden Kriminalität, Außenpolitik, Sicherheit und Verteidigung der äußeren Grenzen sollten die Prioritäten der Europäischen Union in der Welt des 21ten Jahrhunderts darstellen.

Dagegen gehören Zivil-, Straf- und Steuerrecht, Familienrecht, Gesundheitsrecht, moralische oder religiöse Themen, Kultur, Fragen des gesellschaftlichen Zusammenlebens und andere Themenbereiche welche die interne Organisation oder die Traditionen eines Gemeinwesens anbelangen prinzipiell nicht in den Zuständigkeitsbereich der Europäischen Union, sondern sind ganz, oder jedenfalls so weit wie nur möglich, im Rahmen der nationalstaatlichen Souveränität zu regeln.

Die Europäische Union und die europäischen Ideale dürfen nicht weiter dazu missbraucht werden um es europäischen Regierungen zu ermöglichen durch die Brüsseler Hintertür Bestimmungen in die nationalen Gesetzestexte einfließen zu lassen, die auf der nationalen Ebene nicht mehrheitsfähig sind. Diese Praxis unterhöhlt langfristig den Rückhalt für die europäische Einigung in der Bevölkerung und untergräbt das Vertrauen in die Politik.

Die ADR hat als einzige Partei in Luxemburg die Klarsicht und den Mut um die richtigen Schlussfolgerungen aus diesen Tatbeständen zu ziehen! Sie bittet die Wähler den ADR- Kandidaten bei der Europawahl ihr Vertrauen zu schenken! Es wäre wichtig, dass auch die ADR im Europäischen Parlament vertreten sein könnte, damit Luxemburgs wahre Interessen dort entschiedener vertreten werden.

Die ADR ist die einzige Partei, die sich entschlossen für die Wahrung unserer nationalen Identität, unserer Besonderheiten, der wirtschaftlichen und finanziellen Interessen Luxemburgs und für ein demokratisches Europa auf der Grundlage starker nationaler Parlamente einsetzt. ADR wählen, heißt konsequent für Luxemburg wählen! Europapolitik heißt für die ADR die entschiedene Vertretung der luxemburgischen Interessen in Europa.

Die Europapolitik der ADR: für ein starkes Luxemburg in Europa!

Die ADR unterstützt die europäische Einigung. Sie tritt dabei für ein Europa der Vaterländer ein, das auf dem Respekt der nationalen Souveränität der Mitgliedsstaaten fußt. Die ADR würdigt ausdrücklich den zentralen und unverzichtbaren Beitrag des europäischen Einigungsprozesses zur dauerhaften Sicherung einer europäischen Friedensordnung. In diesem Jahr feiern wir den 20. Jahrestag des Endes des Kalten Krieges, das mit dem Fall der Mauer seinen sichtbaren Ausdruck fand. Seither hat die europäische Einigung wesentlich dazu beigetragen, dass unser Kontinent wieder zusammenwächst.

Das Ja der ADR zu Europa ist gepaart mit dem festen Willen unsere nationalen Interessen in Europa entschieden zu verteidigen. Die Europapolitik der ADR wird vom Konzept des „Europas der Vaterländer“ getragen. Die europäischen Institutionen müssen wissen, dass sie im Dienst der Mitgliedsstaaten stehen und nicht umgekehrt. Die ADR bekennt sich grundsätzlich zur europäischen Integration und zu einer europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Sie

würdigt den Beitrag Europas zur Achtung der Menschenrechte, zum Frieden und zum wirtschaftlichen Wohlstand. Die ADR weiß aber auch um die geographischen und inhaltlichen Grenzen dieser Integration. So lehnt die ADR einen Beitritt der Türkei zur EU entschieden ab. Über jede weitere Vertragsänderung und jede Erweiterung der EU sollte fortan in Luxemburg per Referendum entschieden werden können, und zwar nach der in Artikel 114 der Verfassung vorgesehenen Prozedur. Die ADR fordert auch eine wesentlich stärkere soziale Komponente in der europäischen Politik.

Jedes Mitgliedsland soll sein eigenes Gesellschaftsmodell wählen und behalten können, sowie seine eigenen Gesetze auf allen Gebieten bestimmen können, speziell bei ethisch relevanten Fragen. Die ADR wird außerdem den Gebrauch der luxemburgischen Sprache in den europäischen Institutionen vorantreiben.

Das Bankgeheimnis ist unantastbar, genau so wie die Souveränität Luxemburgs in Steuerfragen. Luxemburg muss stets gleichrangig mit allen anderen Mitgliedsstaaten in jeder einzelnen Institution der Union vertreten sein. Die ADR tritt vorrangig für eine „intergouvernementale“ Form der Zusammenarbeit ein, wobei jeder Mitgliedsstaat ein Vetorecht bei für ihn wichtigen Fragen hat.

Die ADR ist Mitglied der Europapartei „UNION FÜR DAS EUROPA DER NATIONEN (UEN)“. Die UEN ist eine Fraktion des Europäischen Parlaments mit Parlamentariern aus mehreren Mitgliedsstaaten. In mehreren Staaten sind diese Parteien an der Regierung beteiligt. Gemeinsam wollen sie ein Europa schaffen, das die Identität der europäischen Völker respektiert. Sie wollen ein Europa schaffen *„das auf der Entscheidungsfreiheit der Nationen beruht, deren größter Reichtum in ihrer Vielfalt besteht, und kein föderales Europa, das die nationale Souveränität unterdrücken und die Identität der europäischen Völker auflösen würde“* (Auszug aus der politischen Charta der UEN).

Während alle anderen luxemburgischen Parteien ein föderales Europa anstreben, in dem praktisch alles in Brüssel entschieden würde, sagt die ADR JA zu einem Europa der Nationen und NEIN zu einem föderalen Europa. Sie ist der Auffassung, dass politische Entscheidungen die das Leben der Menschen bestimmen, von Gesetzgebungsorganen getroffen werden müssen, die möglichst nahe bei den Bürgern sind, d. h. vorrangig von den nationalen Parlamenten.

Die einzigen Entscheidungen, die auf ein europäisches politisches Organ zu übertragen sind, sind die Entscheidungen, die aus Gründen der Wirksamkeit eine zentrale Vorgehensweise unbedingt erfordern. Diese Souveränitätsübertragung muss stets mit einer demokratischen Kontrolle durch das Europäische Parlament, aber auch der nationalen Parlamente, einhergehen. Die ADR wird diese Fragen stets prioritär und nach dem Prinzip der Subsidiarität behandeln.

Für die ADR ist besonders wichtig, dass Europa stets einen Mehrwert für die Bürger darstellt. Der Euro als gemeinsame Währung und die Schengener Abkommen, die große Erleichterungen beim Reiseverkehr garantieren, sind Beispiele einer sinnvollen Europapolitik.

Die ADR ruft auch in Erinnerung, dass neben der EU noch andere europäische Institutionen, wie z. B. der Europarat, ebenfalls eine wichtige Rolle im

europäischen Integrationsprozess zu spielen haben. Luxemburg sollte sich, je nach nationaler Interessenlage, verschiedener Organisationen bedienen, um seinen Vorstellungen Durchsetzungskraft zu verleihen!

A) EINE KONSEQUENTE VERTEIDIGUNG DER NATIONALEN INTERESSEN

1) LUXEMBURG MUSS STÄNDIG IN ALLEN EUROPÄISCHEN INSTITUTIONEN VERTRETEN SEIN

Für die ADR sind die europäischen Institutionen keinesfalls eine europäische Regierung sondern lediglich internationale Behörden die im Dienst der Mitgliedsstaaten zu stehen haben. Die europäische Bürokratie ist, im Sinne der Subsidiarität, der nationalen stets nachgeordnet. Eine Bevormundung der Mitgliedsstaaten durch Europa kommt für die ADR nicht in Frage. Dieses gilt es den europäischen Institutionen klar in Erinnerung zu rufen. In zukünftigen europäischen Verträgen müssen die Nationalstaaten wieder wesentlich mehr Rechte erhalten und die Kompetenzen der europäischen Institutionen müssen entsprechend zurückgestutzt werden.

Die ADR hat immer wieder gefordert, dass Luxemburg permanent in allen Entscheidungsgremien der EU vertreten sein muss. Auch in der Europäischen Kommission muss nach Ansicht der ADR immer ein Luxemburger Kommissar sein. Die Regierung hatte aber bereits im Nizza-Vertrag und dann erneut im Verfassungsvertrag und im Lissabonner Vertrag auf dieses Recht verzichtet. Außerdem wünscht die Regierung sich immer mehr Mehrheitsentscheidungen im Rat, was den Einfluss Luxemburgs noch weiter mindert.

Die Europäische Kommission, die eigentlich Hüterin der Verträge sein soll und gleichzeitig die Interessen der Mitgliedsstaaten schützen soll, benimmt sich immer mehr wie einer der großen Mitgliedsstaaten. Durch ihr Gebaren entzieht sich die Kommission deshalb progressiv die Vertrauensbasis auf die sie bisher zählen durfte.

Unter anderem hat die ADR aus diesen Gründen den europäischen Verfassungsvertrag abgelehnt. Nach dem positiven Ausgang des Referendums hat sich die ADR jedoch treu an die vor dem Referendum zwischen den Parteien im Parlament getroffene Vereinbarung gehalten, nach der dem mehrheitlichen Willen des Volkes Rechnung getragen werde.

Als dieser dann an der Haltung der Franzosen und der Niederländer scheiterte und der Lissabonner Vertrag ausgehandelt wurde, verlangte die ADR, ihrer politischen Linie getreu, nach der über europäische Verträge grundsätzlich per Volksentscheid entschieden werden soll, erneut ein Referendum. Dies wurde jedoch von der Regierung abgelehnt. Als Reaktion darauf, hat die ADR sich bei der Abstimmung der Stimme enthalten, als sichtbarer Ausdruck des Protestes dagegen, dass das Volk nicht gefragt wurde.

Die institutionellen Beschlüsse welche nun während des EU-Gipfeltreffens vom 11. und 12. Dezember 2008 getroffen wurden, haben die Haltung der ADR bestätigt. Die Zugeständnisse an Irland haben gezeigt, dass es sich für ein EU-Mitgliedsland sehr wohl auszahlen kann, EU Verträge und Verordnungen zuerst auf die nationale Verträglichkeit hin zu überprüfen. Das irische Beispiel zeigt, dass es auch Luxemburg, mit ein wenig Verhandlungsmut, gelingen würde, wichtige nationale Interessen zu wahren, anstatt sie regelmäßig auf dem Brüsseler Altar zu opfern.

Die ADR fordert jedenfalls, dass auf dem Resultat des Brüsseler Gipfels aufgebaut wird um auch Luxemburger Rechte zu sichern.

Sie verlangt deshalb eine schriftliche und juristisch verbindliche Erklärung um festzuhalten, dass alle EU-Mitgliedsstaaten ständig in allen EU-Institutionen permanent und gleichberechtigt vertreten sein müssen. Diese Erklärung soll den Lissabonner Vertrag offiziell abändern und muss daher von allen EU-Mitgliedsstaaten ratifiziert werden! Es muss gleiches Recht für alle gelten. Wenn Irland ständig über einen Kommissar verfügen kann, so muss dies auch für Luxemburg und alle anderen Mitgliedsstaaten gelten!

Für Luxemburg ist natürlich auch die Grossregion von Bedeutung. Um die Rolle Luxemburgs als „regionaler Hauptstadt“ weiter zu stärken, sollte Luxemburg in den internationalen Organisationen denen es angehört, sofern machbar, neben seinen eigenen Interessen auch die Belange der Grossregion mit in Betracht ziehen.

2) FÜR EINE STÄRKUNG DER LUXEMBURGISCHEN SPRACHE IN EUROPA!

Die ADR setzt sich dafür ein, dass kurzfristig der Beschluss vom Europäischen Ministerrat vom 13. Juni 2005 betreffend den Gebrauch „weniger benutzten Sprachen“ auch für die Luxemburger Sprache gültig wird. Man muss sich in Luxemburgisch an europäische Institutionen und Verwaltungen wenden können, diese sollen dann auch auf Luxemburgisch antworten müssen. Längerfristig ist dafür zu sorgen, dass Luxemburgisch den Status einer „offiziellen europäischen Sprache“ erhält, wobei nicht alle Texte ins Luxemburgische übersetzt werden sollen und auch nicht bei jedem Treffen luxemburgische Dolmetscher zur Verfügung stehen sollen. Auf Anfrage müssen jedoch Luxemburgisch-Dolmetscher zur Verfügung stehen. Die Luxemburger Sprache soll mit anderen Sprachen kleinerer Länder (z.B. Malta) gleichwertig behandelt werden.

Die ADR wird darauf bestehen, dass die luxemburgische Kultur und die nationalen Traditionen nicht nur erhalten, sondern substantiell gefördert werden. Dazu gehören insbesondere auch die ADR-Vorschläge im Bereich der Sprache und des familienfreundlichen Fernsehens. EU-Vorschläge die die vielfältigen europäischen Kulturen in einen kommerziellen Einheitsbrei verwandeln wollen, werden auf den entschiedenen Widerstand der ADR stoßen. Die Rolle der EU in kulturellen Angelegenheiten hat sich daher nur auf einige, wenige Bereiche zu konzentrieren, wie zum Beispiel die Schaffung europäischer Bibliotheken, die Förderung des Kulturtourismus und des Denkmalschutzes, kulturelle Angebote im Internet, Förderung des Fremdsprachenunterrichts, usw.

3) FÜR EIN ENTSCHIEDENES VERTRETEN NATIONALER INTERESSEN!

Die mehrfachen Erweiterungen der Union haben Luxemburgs Rolle und Gewicht in der EU nachhaltig verändert. Mehrere kleinere und mittlere Staaten, jeder auf seine Art und Weise, versuchen heute die traditionelle Rolle Luxemburgs zu übernehmen und ausgleichende Vermittlerdienste in der Union zu leisten. Gleichzeitig wird die Konkurrenz zwischen diesen Staaten härter.

Die ADR steht für effektive Subsidiarität und vermehrte Souveränität in der Europapolitik. Daher sollte Luxemburg, in der neuen und erweiterten EU, seine eigenen, nationalen Interessen entschieden und kompetent vertreten. Dazu gehört zuerst politischer Mut. Die ADR ist die einzige Partei in Luxemburg die neben der Vertretung der gesamteuropäischen Interessen die Wahrung der nationalen Belange konsequent und glaubwürdig wahrnimmt!

Sie wird dafür Sorge tragen, dass Luxemburg durch kompetente und gut ausgebildete Delegierte in allen wichtigen internationalen Gremien vertreten ist. Viel zu oft werden Luxemburgs Vertreter ohne klare Instruktionen zu wichtigen Sitzungen geschickt. Viel zu oft werden Kompromisse auf Kosten wichtiger, nationaler Interessen mitgetragen. Mit der ADR heißt Europapolitik: Gemeinsames bauen ohne Nationales zu vernachlässigen!

Die ADR wird für eine gut Koordination der Europapolitik Sorge tragen. Fast alle Politikbereiche haben ja mittlerweile eine europäische Dimension. Die luxemburgische Position muss also stets kohärent sein.

Die ADR spricht den europäischen Instanzen jede Zuständigkeit in Zivil-, Straf- oder Familienangelegenheiten ab. So ist die ADR auch gegen eine automatische Anerkennung ausländischer Urteile im Familienrecht, insbesondere im Unterhaltsbereich, und wird diesen Politikbereich von Grund auf neu regeln. Die erheblichen Unterschiede zwischen den verschiedenen Rechtssystemen, die sehr stark von einander abweichenden Gesetzgebungen und Prozeduren, die hohe Korruption in den Justizsystemen einiger Mitgliedsstaaten, die Sprachbarrieren, die vollkommene Unkenntnis der Gegebenheiten in Luxemburg seitens ausländischer Gerichte sowie die hohen Prozesskosten im Ausland sind nur einige der Probleme die sich in diesem Zusammenhang stellen. Die ADR wird daher keinesfalls auf das Erfordernis einer Überprüfung ausländischer Urteile durch luxemburgische Gerichte verzichten, im Gegenteil, sie wird sie sogar verstärken!

Auch andere europäische Rechtsmittel, wie zum Beispiel der europäische Haftbefehl, werden laufend auf ihre Rechtsstaatverträglichkeit hin überprüft werden. Die ADR kann sich durchaus eine beschränkte europäische Zusammenarbeit im Bereich der Strafjustiz vorstellen, jedoch nie auf Kosten der luxemburgischen Staatsbürger und nie bei Angelegenheiten die den luxemburgischen Rechtsvorstellungen widersprechen.

Sofern dies im Interesse des Binnenmarktes liegt, können Mahnverfahren und ähnliches einen europäischen Charakter bekommen, doch stets wird die Verträglichkeit solcher Verfahren mit dem luxemburgischen Rechtswesen sowie den nationalen Interessen geprüft werden.

Luxemburg muss auch viel konsequenter als bisher in jedem einzelnen Staat der Union, gegenüber der lokalen Regierung wie in den Medien, seine Sicht der Dinge darlegen und für Unterstützung werben. Daher tritt die ADR dafür ein, das Netz der luxemburgischen Botschaften auch innerhalb der Europäischen Union weiter auszubauen und zu stärken.

Intern muss die Koordinierung unter den Fachministerien in europäischen Angelegenheiten wesentlich verbessert werden. Der offizielle Schriftverkehr mit den europäischen Institutionen muss nicht nur inhaltlich besser koordiniert, sondern auch terminlich überwacht werden. Es darf nicht mehr vorkommen, dass wichtige Interessen Luxemburgs nicht verteidigt werden, weil der eine oder andere Minister Antworten auf Anfragen der Kommission entweder überhaupt nicht verfasst oder sie einfach zu spät eingereicht hat.

Die interne Koordinierung der nationalen Positionen muss auch andere relevante Gremien mit berücksichtigen, zum Beispiel den Wirtschafts- und Sozialrat, sowie die Sozialpartner.

4) FÜR EIN SELBSTBEWUSSTES AUFTRETEN GEGENÜBER DEN EUROPÄISCHEN INSTITUTIONEN!

Als Sitz mehrerer europäischer Institutionen und Wohnort zahlreicher EU-Bediensteter wird Luxemburg dafür Sorge tragen, dass diese hier optimale Arbeits- und Lebensbedingungen vorfinden. Die ADR erwartet aber auch, dass die europäischen Institutionen sich an die mit Luxemburg getroffenen Vereinbarungen halten und nicht eine schleichende Abwanderung von Personal oder sogar ganzer Abteilungen nach Brüssel ermöglichen. Es müssen mehr Entscheidungsebenen und zusammenhängende Abteilungen in Luxemburg angesiedelt werden.

Luxemburg wird großen Wert auf eine effiziente Verwaltung europäischer Gelder legen und die Betrugsbekämpfung unterstützen. Jedes Jahr prangert der Europäische Rechnungshof zahlreiche Fälle von Verschwendung öffentlicher Gelder auf europäischer Ebene an. Das OLAF (Amt für Betrugsbekämpfung) ermittelt ständig in Fällen von Korruption und ungerechtfertigter Vorteilsnahme. Es ist an der Zeit, auch mit der Hilfe von OLAF, noch energischer gegen diese Auswüchse vorzugehen!

Mit aller Bestimmtheit wendet sich die ADR außerdem gegen die Schaffung immer neuer EU-Behörden und Dienststellen die oft ohne jeden Sachzwang entstehen.

Die ADR tritt auch für eine ständige Verbesserung der Verkehrsverbindungen zwischen Luxemburg, Straßburg und Brüssel ein. Dies gilt sowohl für den Straßen- als auch für den Schienen- und den Luftverkehr.

Luxemburg wird sich auch weiterhin um eine konstruktive Zusammenarbeit mit der Kommission dem Ratssekretariat und anderen europäischen Instanzen bemühen. Hierbei wird aber klar sein, dass alle diese Gremien nicht mehr als Verwaltungen sind, die durch den Willen aller Mitgliedsstaaten entstanden sind

und nur kraft dieses Willens weiterbestehen können. Mit der oft maßlosen Arroganz europäischer Verwaltungen gegenüber insbesondere den kleinen Mitgliedsstaaten muss Schluss sein!

Die ADR wird auch entschieden gegen die Tendenz der großen Staaten vorgehen, Direktorien zu bilden. Es steht diesen Staaten selbstverständlich frei, sich zu treffen und über alles Mögliche zu diskutieren oder Beschlüsse zu treffen die sie selbst betreffen. Kleine Staaten können und wollen dies auch nicht verhindern. Die großen Staaten müssen sich allerdings bewusst sein, dass sich andere Staaten nicht an ihre Direktoriums- Abmachungen zu halten brauchen.

5) FÜR KLARE GEOGRAPHISCHE GRENZEN DER EUROPÄISCHEN UNION!

Die ADR ist der Auffassung, dass die bisherigen Erweiterungsprozesse der Union zur Entstehung einer europäischen Friedensordnung wesentlich beigetragen haben. Es ist wichtig, dass nach der künstlichen Trennung Europas durch den kalten Krieg, unser Kontinent keine neuen Aufteilungen mehr zu befürchten braucht.

Trotzdem steht die ADR weiteren EU-Erweiterungen zum jetzigen Zeitpunkt eher skeptisch gegenüber. Sie ist der Auffassung, dass die EU die bereits erfolgte Ost-Erweiterung erst weitestgehend bewältigen sollte, ehe an weitere Erweiterungen gedacht werden kann. Neben den erheblichen, finanziellen Kosten der Beitritte, müssen auch die sozialen und ökonomischen Folgewirkungen solcher EU-Erweiterungen zur Gänze bedacht werden. Es ist von großer Wichtigkeit, dass die potentiellen Kandidaten alle Aufnahmekriterien, besonders auch die politischen Kriterien, in vollem Umfang erfüllen.

Die ADR wäre allerdings vorbehaltlos mit einem Beitritt weiterer west- oder nordeuropäischer Staaten, wie z.B. der Schweiz, Norwegen oder Island einverstanden.

Sie ist sich auch der Wichtigkeit Europas für die Stabilisierung des Balkans bewusst und verschließt sich daher nicht einem Beitritt Kroatiens unter der Bedingung, dass alle noch offenen Grenzfragen bereits im Vorfeld eines Beitritts dauerhaft und einvernehmlich geregelt werden.

Die Beziehungen zu anderen europäischen Staaten, sei es im Balkan oder in Osteuropa, sollten vorerst im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik gestaltet werden.

Die ADR lehnt einen Beitritt der Türkei zur Europäischen Union strikt ab. Sie ist der Auffassung, dass der Beitritt der Türkei das politische, institutionelle und kulturelle Gefüge der Europäischen Union nachhaltig stören würde. Die ADR verlangt daher eine sofortige Beendigung der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei.

Die ADR möchte aber der strategischen Bedeutung der Türkei wie auch ihrer Rolle in der europäischen Geschichte Rechnung tragen und spricht sich daher, statt eines Beitritts, für eine enge und dauerhafte Assoziierung der Türkei mit der Europäischen Union aus. Die ADR verlangt dabei, dass die Türkei einige politische

Grundforderungen erfüllt. Zu diesen zählen die volle Achtung der Menschenrechte, inklusive der Rechte der Frauen und der politisch Andersdenkenden, der Rechte der Angehörigen von Minderheiten, das Ende der militärischen Besatzung Nordzyperns, die friedliche Beilegung aller Grenzstreitigkeiten, insbesondere mit Griechenland, sowie die politische Aufarbeitung des Genozids an den Armeniern.

6) FÜR EINE ZEITLICHE TRENNUNG DER NATIONALEN PARLAMENTS- VON DEN EUROPAAWAHLEN!

Die ADR ist prinzipiell für eine zeitliche Trennung der National- von den Europawahlen. Sie verspricht sich hiervon eine Aufwertung der Europawahlen, da sich die Parteien in einem rein europapolitischen Wahlkampf eingehender als bisher mit europäischen Fragen beschäftigen müssen.

Derzeit kommt es dadurch, dass die nationalen und europäischen Wahlen am selben Tag stattfinden, dazu, dass die Debatte über die Europapolitik durch die Debatten über die nationalen politischen Optionen praktisch überdeckt wird. Die beiden Wahlen sollten daher zeitversetzt stattfinden.

7)FÜR MEHR DEMOKRATIE IN EUROPÄISCHEN ANGELEGENHEITEN!

Die ADR will ein aktives Mitspracherecht des nationalen Parlaments bereits im Vorfeld der Ausarbeitung von EU- Richtlinien oder Verordnungen. Dazu bedarf es keiner Ratifizierung neuer europäischer Verträge, sondern lediglich einer nationalen Entscheidung. Das Parlament muss die Verhandlungspositionen der Regierungsmitglieder, welche Luxemburg in den EU-Ratssitzungen vertreten, von vornherein kennen und autorisieren.

Das Parlament und die in ihm vertretenen Parteien brauchen auch eine personelle Verstärkung um die große Anzahl der europabezogenen Dokumente gründlich und in einem angemessenen Zeitrahmen prüfen zu können.

Darüber hinaus müssen die nationalen Parlamente das Recht haben, Mitglieder der Europäischen Kommission oder anderer Institutionen in ihre Sitzungen einzubestellen. Hohe europäische Entscheidungsträger müssen, sofern ein nationales Parlament das wünscht, auch diesem Rede und Antwort stehen.

Die ADR ist eine Befürworterin der direkten Demokratie und wünscht sich ganz allgemein mehr Volksabstimmungen. Insbesondere sollte über jede weitere Vertragsänderung und jede Erweiterung der EU in Luxemburg per Referendum entschieden werden können, und zwar nach der in Artikel 114 der Verfassung vorgesehenen Prozedur.

Zu diesem demokratischen Grundgedanken gehört auch, dass die EU-Verträge vereinfacht werden sollen um übersichtlicher und leichter verständlich zu werden. Derzeit wissen nur noch eine Handvoll Spezialisten, was genau in den europäischen Verträgen kodifiziert worden ist.

Die ADR besteht auch darauf, dass Luxemburg im Europaparlament sowie im Ausschuss der Regionen stets über mindestens sechs Abgeordnete oder Vertreter verfügt. Die EU-Abgeordneten müssen ihrer Arbeit in glaubwürdiger Art und Weise nachgehen können. Das Europaparlament darf nicht zum Altersheim für nationale Politiker verkommen.

Die ADR ist der Auffassung, dass die politische Bildung der jungen Menschen, auch im Hinblick auf Europa, verbessert werden muss. Daher sollte die Staatsbürgerkunde in den Schulen verstärkt unterrichtet werden.

Die Universität Luxemburg sollte ihr europaorientiertes Angebot stetig verbessern und erweitern, insbesondere im Bereich der Rechtswissenschaften und der Integrationsgeschichte.

8) FÜR EINE MAßVOLLE UMSETZUNG EUROPÄISCHER RECHTSNORMEN

Europäische Rechtsakte die einer Umsetzung in nationales Recht bedürfen, sollen vorsichtig und maßvoll umgesetzt werden. Luxemburg soll dabei, wie andere Mitgliedsstaaten auch, seinen Ermessensspielraum in vollem Umfang nutzen. Bisher hat Luxemburg die europäischen Rechtsakte allzu oft in vollem Ausmaß umgesetzt, ohne mögliche Varianten auszunutzen.

Mit der ADR wird die luxemburgische Haltung in dieser Frage offensiver werden. Die Umsetzung einiger Themenbereiche die auf europäischen Rechtsakten fußen, wird daher neu geprüft. So zum Beispiel die Gesetzgebung über Ausschreibungen, die Liberalisierung der Post, der Eisenbahn sowie die Zulassung ausländischer Rechtsanwälte.

Vor allem Rechtsakte, die eventuell gegen die Stimme Luxemburgs angenommen wurden, werden auf nationaler Ebene nochmals auf das sorgfältigste überprüft.

Die ADR wird dafür eintreten, dass die EU sehr viel weniger gesetzgeberische Aktivitäten als bisher entwickelt und dass das Subsidiaritätsprinzip voll zum Tragen kommt. Es gilt der Tendenz zur Überreglementierung in Europa entgegenzuwirken! Die Gesetze sollen wieder in größerem Umfang von den Nationalstaaten bestimmt werden.

Was den Zugang von Ausländern zum öffentlichen Dienst angeht ist die ADR der Auffassung, dass Luxemburg dort bereits einen sehr hohen Ausländeranteil hat, wohl den höchsten in der gesamten EU. Eine weitere Öffnung kann daher nur mit aller größten Vorsicht erwogen werden. Die Funktionen welche an der Ausübung der nationalen Souveränität oder der staatlichen Macht teilhaben, also luxemburgischen Staatsbürgern vorbehalten sein sollen, sind allein von den luxemburgischen Autoritäten festzulegen. Hier, wie in anderen Bereichen auch, ist die ADR der Auffassung, dass die EU-Behörden mit ihren extremen Forderungen an unser Land weit über das vernünftige Maß hinausgehen.

B) DIE KOMPETENZEN DER EUROPÄISCHEN UNION

Wie bereits weiter oben betont, ist die ADR der Auffassung, dass die EU sich aus einigen Politikbereichen ganz herauszuhalten hat. Dazu zählen das Zivil-, Straf-, Steuer sowie das Familienrecht, moralische oder religiöse Themen, die Kultur, Fragen des gesellschaftlichen Zusammenlebens und andere Themenbereiche welche die interne Organisation oder die Traditionen eines Gemeinwesens anbelangen.

Die ADR fordert daher dass, ähnlich wie dies bereits für Irland oder Dänemark vereinbart wurde, auch für Luxemburg der Einmischungspolitik der EU endlich Einhalt geboten wird.

So sollen, unter anderem, in juristisch verbindlicher und unmissverständlicher Form festgehalten werden:

- die Einstimmigkeit ohne Ausnahmen in steuerpolitischen Angelegenheiten;
- der Schutz des Bankgeheimnisses; Nach Ansicht der ADR ist zu befürchten, dass Luxemburg sein Bankgeheimnis auf dem Altar des föderalen Europas bzw. zur Durchsetzung persönlicher Ambitionen auf europäischer Ebene opfert;
- die weitestgehende Verallgemeinerung des Einstimmigkeitsprinzips in allen europäischen Entscheidungsgremien. Eine Ausnahme kann es hier aber bei der Festsetzung sozialer Mindeststandards geben, um ein Sozialdumping in Europa zu verhindern.

Auf der anderen Seite, gibt es durchaus Bereiche in denen die ADR einen möglichen. positiven Beitrag Europas erkennen kann, und zwar immer dann, wenn die Lösung einer bestimmten Problematik die Möglichkeiten des Nationalstaats übersteigt.

1) DAS SOZIALE EUROPA

Die ADR ist der Auffassung, dass der europäische Binnenmarkt unbedingt eine starke soziale Komponente haben muss, im Sinne einer europäischen, sozialen Marktwirtschaft. Der europäische Binnenmarkt darf die sozialen Sicherungssysteme in Europa nicht aushebeln. Zur Vermeidung von Sozialdumping innerhalb der Union spricht sich die ADR auch für eine gewisse Harmonisierung arbeits- und sozialrechtlicher Regelungen auf europäischer Ebene aus. Dazu bedarf es insbesondere sozialer Mindestnormen, also sozialer Mindeststrahmenbedingungen für den Binnenmarkt.

Die ADR setzt sich für soziale Gerechtigkeit und Solidarität ein. Künftig gilt es zu gewährleisten, dass diese Werte Bestandteil aller Politikbereiche der Europäischen Union sind. Der Wohlfahrtsstaat sowie die flächendeckende Verfügbarkeit gemeinnütziger öffentlicher Dienstleistungen gehören zu den

Merkmale des europäischen Sozialmodells. Die Politik hat die nötigen Entscheidungen zu treffen, um den Fortbestand und weiteren Ausbau solcher Dienstleistungen zu gewährleisten. Es liegt allein an den Mitgliedsstaaten für sich zu bestimmen welche Wirtschafts- oder Dienstleistungsbereiche sie hoheitsrechtlich zu regeln wünschen.

Die ADR setzt sich dafür ein, das Ziel der Vollbeschäftigung europaweit voranzutreiben, und die Beschäftigungspolitik der Mitgliedsstaaten, so weit erforderlich, aufeinander abzustimmen. Durch die Festlegung sozialer Mindestvorschriften und diesbezüglicher Konvergenzkriterien lassen sich der Lebensstandard der Bedürftigen anheben, die Rechte von Menschen mit Behinderung schützen und fördern sowie die soziale Ausgrenzung bekämpfen und Sozialdumping verhindern.

In Anlehnung an die wirtschaftlichen Konvergenzkriterien, die zum Euro geführt haben, müssen die sozialen Konvergenzkriterien die Staaten mit den niedrigsten Sozialnormen dazu veranlassen, sich schrittweise den höheren Normen anzugleichen und anschließend gemeinsam auf dem Weg des sozialen Fortschritts weiterzugehen. Die Armutsbekämpfung überall in der Union ist eine selbstverständliche Pflicht der Mitgliedsstaaten wie auch der Union. Für die ADR sind der Schutz des Arbeitsplatzes sowie die Sicherheit am Arbeitsplatz unverzichtbare Bestandteile der europäischen Sozialpolitik.

Das soziale Europa muss auch den nationalen Interessen Luxemburgs Rechnung tragen! Dies hat die jetzige Regierung nicht getan. Sie hat es zum Beispiel jahrelang versäumt gegenüber der Kommission die Interessen Luxemburgs im Bereich der Entsenderichtlinie kompetent zu vertreten. Dies führte zu einem für Luxemburg höchst problematischen Urteil des europäischen Gerichtshofs. Die ADR fordert, dass auf entsendete Arbeitnehmer stets das für sie vorteilhafteste, und als im öffentlichen Interesse definierte, Arbeitsrecht angewendet wird.

Die ADR wird gewährleisten, dass die in Luxemburg ansässigen Betriebe wirksam gegen die Konkurrenz ausländischer Betriebe geschützt werden, die sich über den Weg des Sozialdumpings unlautere Vorteile im Wettbewerb verschaffen wollen. Ausländische Betriebe, die in Luxemburg geschäftlichen Tätigkeiten nachgehen wollen, müssen sich also den hier geltenden Bestimmungen unterwerfen.

Die ADR wird die Arbeiten des OIT mit großer Aufmerksamkeit verfolgen und auch dort die Interessen Luxemburgs entschieden vertreten.

2) EINE GEMEINSAME AUßEN- UND SICHERHEITSPOLITIK

Die Europäische Union gründet ihr Vorgehen auf der internationalen Ebene auf die Werte der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit sowie auf die Achtung der Menschenrechte und der Grundfreiheiten. Die internationale Solidarität der Union äußert sich auch in den Bereichen Handelspolitik und Entwicklungshilfe. Die Union muss ein Partner anderer wichtiger Akteure, wie zum Beispiel der USA, Chinas oder Russlands sein. Die ADR tritt für eine starke transatlantische

Partnerschaft in einem freundschaftlichen Geist ein. Sie lehnt eine Unterordnung Europas unter Entscheidungen ausländischer Regierungen jedoch ab.

Die ADR unterstützt die Weiterentwicklung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der Union, inklusive ihrer Verteidigungsdimension. Sie wünscht sich ebenfalls eine stärkere europäische Identität in der NATO. Dazu muss die Union auch über ausreichende militärische Mittel verfügen um notfalls auch im Alleingang ihre Interessen wirksam vertreten zu können. Über ihre Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen, die Europäische Nachbarschaftspolitik und die GASP trägt Europa zum Frieden in der Welt und zur Stabilisierung, insbesondere ihrer Nachbarregionen, bei.

Die Union muss der Achtung des Völkerrechts verpflichtet sein. Der Kampf gegen den Terrorismus muss politisch und, wenn nötig, auch mit militärischen Mitteln geführt werden. Auch umweltpolitische Fragen sind sicherheitsrelevant und müssen in einer globalisierten Welt vorrangig gelöst werden. Die ADR würde auch einen gemeinsamen europäischen Sitz im Weltsicherheitsrat begrüßen.

Die friedenserhaltenden Einsätze sollen unter UNO-Mandat stehen und die an ihnen teilnehmenden Kräfte sollen die bestmögliche Ausbildung und Ausrüstung erhalten. Luxemburg muss auch in der Lage sein der EU und der NATO die vertraglich vereinbarten Truppenkontingente zur Verfügung zu stellen. Dabei muss darauf geachtet werden, dass die zur Verfügung stehenden Mittel den internationalen Verpflichtungen in jeder Hinsicht genügen ohne dabei die einzelnen Militärangehörigen ungebührlich zu belasten.

Die ADR unterstützt die internationale Zusammenarbeit zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität. In einem Europa von 27 Staaten, in dem Personen, Waren, Dienstleistungen und Kapital frei verkehren können, muss die Zusammenarbeit der Staaten bei der Bekämpfung von Terrorismus und organisiertem Verbrechen, insbesondere in Bezug auf Drogen und Menschenhandel, ausgeweitet werden.

Die ADR befürwortet eine gemeinsame Vorgehensweise bei Asyl und Einwanderung. Das Asylrecht ist viel zu wesentlich um zu einem Mittel der illegalen Einwanderung zu verkommen.

Bei der grenzüberschreitenden, polizeilichen Zusammenarbeit wird Luxemburg jedoch sehr stark auf die Respektierung der Souveränität Luxemburgs und auf die volle Einhaltung der Bürgerrechte achten.

Die ADR besteht insbesondere darauf:

- dass jede Teilnahme von Luxemburgern an EU-Einsätzen allein von der luxemburgischen Regierung und dem luxemburgischen Parlament entschieden wird;
- dass allein die luxemburgische Regierung befugt ist, über die Anwesenheit nichtluxemburgischer Militär-, Zoll- oder Polizeiangehöriger auf dem Gebiet des Großherzogtums zu entscheiden.

Die ADR ist grundsätzlich dazu bereit, Luxemburger bei der Kontrolle der gemeinsamen Außengrenzen mitwirken zu lassen. Dazu kann eine europäische Grenzpolizei geschaffen werden. Der Kampf gegen die illegale Einwanderung nach Europa muss eine hohe Priorität besitzen.

Einen Mehrwert bei der internationalen, polizeilichen Zusammenarbeit sieht die ADR auch bei der Suche nach verschwundenen Personen, insbesondere Kindern, sowie bei der Bekämpfung der Internetkriminalität.

Luxemburg muss auch besonders darauf achten, dass es sämtliche internationale Abkommen zur Verhinderung der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen auf das Genaueste einhält. Dazu zählt auch eine besonders strenge und effektive Kontrolle des Transits, insbesondere auf dem Flughafen Findel und in anderen logistischen Einrichtungen.

Die Überwachung des europäischen Luftraums sowie die Satelliten- Aufklärung und Navigation sind weitere Gebiete für eine umfangreiche europäische Zusammenarbeit.

Im Bereich der Entwicklungshilfe muss umgedacht werden. Die ADR fordert, dass die Entwicklungshilfe in Zukunft in großem Maaßen der Exportwirtschaft zugute kommen muss. Außerdem darf Europa keinen Werteimperialismus in Dritt-Welt-Ländern betreiben. Wir müssen die Kultur und Wertvorstellungen anderer Nationen wieder mehr respektieren und nicht über den Weg des „society building“ einen unverhüllten Neokolonialismus betreiben. Das verhindert ja keineswegs, dass Europa auf die Einhaltung der Menschenrechte besteht, die Demokratie als Gesellschaftsform fördert und ehrliche und verantwortungsvolle Regierungsformen einfordert. Doch derzeit versucht die Union die Gesellschaft in einigen Staaten von Grund auf neu gestalten zu wollen. Genau so wenig wie die ADR möchte, dass Luxemburg fremdbestimmt wird, will sie bei der Fremdbestimmung anderer Völker mitwirken. Der politische Dialog mit anderen Staaten muss daher immer auch den Respekt vor der Andersartigkeit mit einschließen.

3) DER UMWELTSCHUTZ UND DIE GESUNDHEITSPOLITIK

Die ADR spricht sich ebenfalls für eine wichtige, europäische Rolle im Umwelt- und Klimaschutz aus. Ökologisch verantwortbares und nachhaltiges Handeln ist Teil der nationalen Politik wie der Europapolitik. Die ADR wird allerdings auf die Wahrung nationaler, luxemburgischer Interessen achten und sich keinesfalls von europäischen Institutionen bevormunden lassen.

Das gilt insbesondere:

- bei der Festlegung von Umweltschutzziele und der Art und Weise wie diese zu realisieren sind,
- bei Themen von besonderem finanziellen Interesse, wie zum Beispiel dem Tanktourismus.

Die ADR ist der Überzeugung, dass die europäischen Institutionen neue Aufgaben im Hinblick auf die Versorgung Europas mit Rohstoffen erfüllen können.

Desweiteren soll die wissenschaftliche Forschung im Bereich der Energiegewinnung und des Umwelt- und Klimaschutzes entschieden weitergetrieben werden. Dies gilt im Bereich der Grundlagenforschung (z.B. bei der Energieversorgung) genau so wie im Bereich der angewandten Wissenschaft (z.B. bei der Transporttechnologie). Die ADR unterstreicht, dass im Umweltbereich zahlreiche neue und hochqualifizierte Arbeitsplätze entstehen können. Außerdem bietet dieser Wirtschaftszweig neue Entwicklungsmöglichkeiten für Finanzprodukte.

Mit dem Beitritt zum Protokoll von Kyoto hat sich Europa für eine nachhaltige Entwicklung und für eine gesündere und sauberere Umwelt entschieden. Es hat sich dazu verpflichtet seine Treibhausgas-Emissionen in erheblichem Ausmaß zu senken. In diesem Bereich muss Europa weltweit führend werden. Europa muss ebenfalls darum bemüht sein, seine Energieversorgung zu diversifizieren und sie dauerhaft zu sichern. Es darf keine zu große Abhängigkeit von nicht-europäischen Lieferanten bestehen. Um dieses Ziel zu erreichen müssen die großen Energietransportnetze vervollständigt werden um sich gegenseitig stützen und ergänzen zu können.

Beim Klimaschutz darf man nicht leichtfertig über die derzeitigen Verpflichtungen hinausgehen. Vielmehr gilt es die Bestimmungen über flexible Instrumente beizubehalten, die es den Mitgliedsstaaten ermöglichen, sich Emissionsquoten durch die Kofinanzierung von Umweltprojekten in Drittländern gutschreiben zu lassen. Hierbei handelt es sich um ein vitales Interesse für die Wettbewerbsfähigkeit der luxemburgischen Industrie. Erst wenn alle europäischen Länder ihre Ziele erreicht haben, darf die nächste Etappe eingeleitet werden. Die Europäische Union muss weiterhin gegenüber Drittstaaten darauf drängen, dass sie ebenfalls dem Protokoll von Kyoto beitreten. Dies gilt u.a. auch für die USA, Indien und China.

Die ADR ist dem Ziel verbunden, den Anteil der erneuerbaren Energien in Luxemburg so weit wie nur möglich zu steigern. Die erneuerbaren Energien sind dadurch stärker zu fördern, dass der europäische Aktionsplan für die Umwelttechnologien in die Tat umgesetzt wird und auch für erneuerbare Energien ein Binnenmarkt entsteht. Desweiteren ist die ADR der Auffassung, dass es gilt Vertrauen in die Privatinitiative zu setzen und sie durch steuerliche Anreize dazu zu veranlassen, umweltfreundliche Techniken einzusetzen.

Die meisten Menschen leben derzeit in städtischer Umgebung, wo sie Belastungen durch Lärm, Luftverschmutzung und Verkehr ausgesetzt sind. Diese Belastungen schaden unserer Gesundheit. Die EU muss daher ständig die Umweltnormen dem technischen Fortschritt anpassen, zum Beispiel bei der Qualität und der Zusammensetzung der Treibstoffe, sowie den Verbrauchsnormen und der Sauberkeit der Motoren. Die ADR kennt der EU grundsätzlich das Recht zu, den Mitgliedsstaaten strengere Umweltschutzmaßnahmen vorzuschlagen.

Die ADR setzt sich auch für den Schutz der Artenvielfalt und den Tierschutz ein. Das 1992 in Rio de Janeiro geschlossene Übereinkommen über die biologische Vielfalt muss entschlossen umgesetzt werden.

Die Natur ist vor jeder Verseuchung durch genetisch veränderte Organismen zu schützen. Die Renaturierung der Flüsse und andere naturschützenden oder –wiederherstellende Projekte sollen verstärkt finanziell unterstützt werden. Beim Tierschutz fordert die ADR die Abschaffung von Zuschüssen für die Ausfuhr von Schlachttieren sowie eine wesentliche Verbesserung der Transportbedingungen für Tiere. Das Schlachten von Tieren soll nur noch auf regionaler Ebene erlaubt werden, um überlange Tiertransporte wirksam zu verhindern. Die ADR verlangt auch strenge Regelungen über die Behandlung von Tieren in Schlachthäusern sowie über die Verwendung von Tieren in der Forschung.

Die EU hat selbstverständlich auch eine wichtige Rolle im Gesundheitswesen zu spielen. Dazu gehören die innereuropäische Zusammenarbeit im Bereich der Krankenversicherungen und ärztlichen Behandlungen, wie auch die wirksame Prävention durch Umweltschutz, Lebensmittelkontrolle und Verbraucherschutz. Die ADR wird die europäische Politik in diesen Bereichen aktiv unterstützen.

Die ADR befürwortet auch ein europäisches Engagement bei der medizinischen Forschung, zum Beispiel über seltene Krankheiten, sowie bei der Entwicklung und der Sicherheit pharmazeutischer Produkte.

Diese starke Betonung umweltpolitischer Aspekte durch die ADR führt dazu, dass sie nicht nur für eine starke soziale Komponente des Binnenmarktes plädiert, sondern eben gleichzeitig auch für einen „ökosozialen Binnenmarkt“ und den „fairen Handel“ eintritt.

4) DER WELTHANDEL

Die ADR verfolgt die Verhandlungen zum Abschluss eines neuen Welthandelsabkommens im Rahmen der WTO mit großer Skepsis. Die EU hat sich in der Vergangenheit allzu oft dabei über den Tisch ziehen lassen. Insbesondere der Lebensmittelbereich sollte hierbei weitgehend ausgeklammert werden, weil die Bedingungen zur Nahrungsmittelproduktion regional so unterschiedlich sind, dass jedem Land, - unter Wahrung des Grundsatzes der Nahrungsmittelsouveränität – das Recht zustehen muss, seine eigene Nahrungsmittelproduktion entsprechend zu schützen.

Sie soll dabei insbesondere auch die Versorgung aller Menschen mit ausreichend vielen und qualitativ hochwertigen Lebensmitteln als Zielvorgabe haben. Genau so ist darauf zu achten, dass die Versorgung der Weltbevölkerung mit medizinischen Gütern und Medikamenten sichergestellt wird.

Die Politik der EU im Bereich des Außenhandels muss kohärent sein. Das heißt, dass die verschiedenen politischen Aktionen der EU in der Praxis keine, sich widersprechenden Wirkungen, zeitigen dürfen.

Die EU muss stärker als bisher darauf bestehen, dass Importgüter sozialen und ökologischen Mindestanforderungen genügen, um der Ausbeutung der

menschlichen Arbeitskraft und dem Raubbau an den natürlichen Ressourcen in den Herkunftsländern entgegen zu treten. Unter anderen können die vom OIT festgelegten Normen hierfür eine hilfreiche Richtschnur bieten.

5) DIE WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK

Die ADR bekennt sich zum europäischen Binnenmarkt. Die Wirtschaftspolitik stand am Anfang des europäischen Integrationsprozesses und in diesem Bereich hat sie auch ihren größten Mehrwert. Die ADR begrüßt auch die derzeitigen Beiträge der EU zur Wiederbelebung der europäischen Wirtschaft.

Die rezente Finanzkrise hat auch die Bedeutung des Euros als gemeinsamer Währung unterstrichen. Neben der – im Rahmen des unbedingt Nötigen – zu erfolgenden intensiveren Koordinierung der Wirtschaftspolitiken sowie der Finanzpolitiken der Eurostaaten muss Europa auch konstruktiv zur Neugestaltung und Regelung des Funktionierens der Finanzmärkte und des Bankwesens beitragen.

Selbst in Krisenzeiten sind die Stabilitätskriterien so weit wie nur irgend möglich einzuhalten. Luxemburg muss hier mit gutem Beispiel vorangehen. Die Unabhängigkeit der Zentralbank muss respektiert werden, genau so wie deren Anstrengungen die Stabilität der Währung durch eine adäquate Inflationsbekämpfung zu gewährleisten.

Luxemburg wird sich mit der ADR für eine sehr viel ausgewogenere und breitere Diskussion über Steuerfragen in Europa einsetzen. Die jetzige Regierung reagiert immer nur auf Kritik, anstatt wettbewerbsverzerrende Methoden im Ausland offensiv anzuprangern. Diese laue Haltung gegenüber Europa erklärt sich wohl auch durch die persönlichen Karriereambitionen einiger Regierungsmitglieder. Die ADR wird den Finanzplatz Luxemburg jedenfalls energisch verteidigen und weiter ausbauen.

Der Ausbau der europäischen Energie- und Verkehrsnetze ist eine weitere Priorität, wobei Luxemburg stets eingebunden sein muss. Die weitere Verbesserung der Anbindung an die europäischen Hochgeschwindigkeitsnetze muss konsequent betrieben werden. Im Rahmen der europäischen Transportpolitik müssen intelligente Transportsysteme gefördert werden, insbesondere auch um den Lastkraftwagenverkehr progressiv zu reduzieren. Die Arbeitsbedingungen der LKW-Fahrer müssen besser geregelt werden.

Im Bereich des Fernmeldewesens soll die EU für eine Verbesserung und Verbilligung der Angebote sorgen, zum Beispiel bei grenzüberschreitenden Telefonaten.

Die Forschung, inklusive die Forschung im Umweltbereich, wird massiv unterstützt werden. Die ADR legt besonders viel Gewicht auf die Zugehörigkeit Luxemburgs zur ESA und wird den zukunftssträchtigen Wirtschaftszweig der Weltraumtechnologien besonders fördern. Sie tritt für die rasche Installation eines europäischen, satellitengestützten Navigationsystems ein.

Luxemburgische Wissenschaftler müssen stärker unterstützt werden. Die Forscher müssen nicht nur ein gesichertes Einkommen haben, das auch dem Niveau ihrer Studien entspricht, sondern sie müssen auch wesentlich bessere Mobilitätsbedingungen erhalten. Die Ausgaben für Forschung in Luxemburg müssen unbedingt die europäischen Mindeststandards erreichen. Dabei darf es nicht nur angewandte Forschung geben, sondern Luxemburg muss sich auch darauf vorbereiten sich in einigen, besonders zukunftssträchtigen Bereichen, an der Grundlagenforschung zu beteiligen.

Das europäische Patentrecht muss weiter ausgebaut werden und das intellektuelle Eigentum muss zuverlässig geschützt werden.

Der Lissabon-Prozess wird ebenfalls grundsätzlich unterstützt um die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft weiter zu stärken. Hier gilt es, dass Luxemburg allen anderen wieder einen Schritt voraus sein muss. Unser Land muss wieder zum Land der kurzen Wege und der schnellen Entscheidungen werden. Unsere Wirtschaft erstickt in der Bürokratie.

Die ADR wird schneller und entschiedener als alle anderen Parteien die Betriebe, insbesondere die kleineren und mittleren Betriebe, von überflüssiger Bürokratie und allzu strengen Gesetzen befreien. Genau so müssen alle administrativen Hemmnisse in anderen EU-Staaten beseitigt werden die luxemburgischen Unternehmen den Zugang zu diesen Märkten erschweren könnten.

Die ADR wendet sich gegen die Einführung europäischer Steuern. Alle steuerlichen Angelegenheiten müssen ausnahmslos in der Zuständigkeit der Nationalstaaten bleiben!

Die ADR sieht auch keinerlei Sinn in der derzeit geplanten Richtlinie über die Besteuerung von Tabakprodukten. Diese Besteuerung ist eine rein nationale Entscheidung.

Die luxemburgischen Beitragszahlungen zu internationalen Organisationen, insbesondere zum EU-Haushalt, sind bereits jetzt übertrieben hoch. Sie dürfen bei den nun anstehenden Verhandlungen zum nächsten Finanzpaket nicht noch weiter steigen! Ganz allgemein lässt sich sagen, dass die Regierung viel zu hohe Beitragszahlungen an internationale Organisationen bezahlt, ohne dafür aber entsprechende Einflussmöglichkeiten zu bekommen. Die ADR wird darauf bestehen, dass die luxemburgischen Beiträge zu internationalen Organisationen nur in angemessener Höhe bezahlt werden und dass jede internationale Organisation auch luxemburgische Staatsbürger beschäftigt. Es liegt im nationalen Interesse Luxemburgs, dass hohe politische wie hohe Verwaltungspositionen in internationalen Organisationen von luxemburgischen Staatsbürgern bekleidet werden. Dazu bedarf es einer voluntaristischen Personalpolitik. Eine Bevormundung Luxemburgs durch internationale Organisationen, wie z.B. die OCDE, wird es mit der ADR nicht geben.

6) DIE GEMEINSAME AGRAR- UND WEINBAUPOLITIK

Der Agrarsektor deckt den Lebensmittelbedarf der gesamten europäischen Bevölkerung. Somit geht seine Bedeutung weit über den Prozentsatz des BIP hinaus, den er an unserer Wirtschaft ausmacht.

Seit der Unterzeichnung des Römischen Vertrages ist die Landwirtschaft der am stärksten integrierte Sektor Europas. Auf sie entfällt ein Großteil des europäischen Haushalts. Dennoch befindet sich die Landwirtschaft in der Krise. Nach Auffassung der ADR müssen zunächst die Rolle und die Ziele der Landwirtschaft und die Mittel zu deren Erreichung festgelegt werden.

Aufgabe von Landwirtschaft, Weinbau, Gemüseanbau und Obsterzeugung muss es sein, die Lebensmittelversorgung der Union durch eine Agrarerzeugung zu gewährleisten, die den Mengen- und Qualitätsanforderungen angepasst ist. Auf brachliegenden Flächen, die nicht für die Lebensmittelerzeugung genutzt werden, sollen erneuerbare Energien erzeugt werden oder CO₂-speichernde Wälder angelegt werden, was wiederum der Artenvielfalt in Fauna und Flora zugute kommt. Desweiteren muss der Agrarsektor die Landschaft pflegen, zum Schutz des Landschaftsbilds beitragen und die natürlichen Ressourcen, insbesondere den Boden, das Wasser und die Artenvielfalt schützen. Die Landwirtschaft soll auch dabei helfen die wirtschaftliche Tätigkeit insgesamt zu fördern, und, insbesondere in strukturschwachen Gebieten, die Beschäftigung in ländlichen Gegenden zu wahren.

Um diese Ziele zu erreichen, will die ADR langfristig die Existenz einer ausreichenden Zahl tragfähiger landwirtschaftlicher Betriebe garantieren. Sie wird die ausufernde Bürokratie, auch im Agrarsektor, bekämpfen und durch Subventionen, die den unterschiedlichen regionalen Produktionsbedingungen und den verschiedenen Einkommensniveaus angepasst sind, genügend hohe Einkommen im Agrarsektor gewährleisten. Die ADR erinnert daran, dass der Preis des Basisprodukts nur einen kleinen Anteil des Endpreises darstellt und dass auch die kleineren Familienbetriebe in der Landwirtschaft wieder eine reelle Zukunftsperspektive erhalten müssen!

Regionale Produkte und traditionelle luxemburgische Erzeugnisse müssen auf jeden Fall geschützt werden und dürfen keiner europäischen Liberalisierungs- oder Reglementierungswut zum Opfer fallen! Produkte mit geschützter geographischer Angabe oder geschützter Ursprungsbezeichnung müssen bessere Vermarktungsmöglichkeiten erhalten. Billige Importe aus Drittländern, die den EU Qualitätsstandards nicht entsprechen, sollen zurückgedrängt werden. Idealerweise sollte sich wirtschaftliche Effizienz und ökologische Wirksamkeit miteinander verbinden lassen.

Dazu ist es nötig, dass die Preise durch den Abbau von Überschüssen und einen Schutz vor unlauterem Wettbewerb, die Produktionskosten landwirtschaftlicher Erzeugnisse decken. Die ADR wird wettbewerbsfähige landwirtschaftliche Genossenschaften unterstützen und, bei ausreichender Produktion von Nahrungsmitteln, den Einsatz nachwachsender Rohstoffe unter Wahrung des Nachhaltigkeitsprinzips bei der Erzeugung alternativer Energien unterstützen.

Die ADR wird Produktionsmethoden fördern die den Kriterien einer nachhaltigen Entwicklung entsprechen zum Beispiel den minimalen Einsatz von Schädlingsbekämpfungsmitteln, die Aufstellung ausgewogener Energie- und Rohstoffbilanzen, eine artgerechte Tierhaltung usw.

Die ADR erkennt Europa das Recht zu, den Mitgliedsstaaten strenge Normen in Bereich der Lebensmittelsicherheit sowie des Verbraucherschutzes vorzuschlagen. Insbesondere im Agrarbereich und bei der Produktsicherheit spielen nationale Grenzen durch den Binnenmarkt kaum noch eine Rolle. Hier hat die EU also einen sinnvollen Aufgabenbereich, solange sie nicht wieder in eine Überreglementierung verfällt.

Die gemeinsame Agrarpolitik ist in einigen Bereichen zu weit gegangen. Der Konzentrationsprozess in den Agrarstrukturen hat Dimensionen erreicht, die den Zielen einer nachhaltigen Agrarpolitik entgegenstehen. Ein absolut vorrangiges Anliegen der ADR ist es daher, dass ausreichend viele und gut ausgebildete Landwirte und Winzer bereit sind, die vorhandenen Betriebe weiterzuführen oder zu übernehmen. Die Landwirtschaft und der Weinbau brauchen wieder eine Zukunftsperspektive an der es derzeit noch mangelt! Dazu müssen die Produktionsüberschüsse verringert werden und die Preise stabilisiert werden. Sollte es nicht gelingen, diese Ziele zu erreichen, so würde sich der Konzentrationsprozess zugunsten der großen Agrarindustrien weiter fortsetzen.

Die Politik der Entwicklungshilfe gegenüber den Ländern der dritten Welt darf nicht zu Lasten der Landwirtschaft gehen nach dem Grundsatz: Einfuhr von Agrarerzeugnissen aus Drittländern gegen die Ausfuhr von Industrieprodukten in dieselben Länder. Auf diese Weise werden die natürlichen Produktionskreisläufe gestört. Dies läuft einer Politik der nachhaltigen Entwicklung zuwider.

Europa muss sich damit begnügen, landwirtschaftliche Erzeugnisse für seine eigene Bevölkerung zu produzieren, und darf die Märkte der dritten Welt nicht durch die Ausfuhr subventionierter und somit unter den örtlichen Produktionspreisen liegender Agrarerzeugnisse ruinieren. Im Gegenzug darf sich der europäische Markt nicht für Agrarerzeugnisse zu Niedrigstpreisen öffnen, die die Existenz europäischer Agrarbetriebe zerstören.

7) EUROPÄISCHE REGIONALPOLITIK

Für die ADR heißt Europapolitik auch gelebte Solidarität mit den ärmeren Regionen Europas. Auch die Unterstützung assoziierter Staaten und der Beitrittskandidaten ist eine wichtige Maßnahme um zu Stabilität und Wohlstand in Europa beizutragen. Die ADR besteht allerdings auf einer sehr genauen Kontrolle über die Verwendung dieser Gelder. Sie sollten zur Realisierung langfristig wirksamer Infrastrukturprojekte verwendet werden, die der Wirtschaft dieser Länder neue Entwicklungsperspektiven bieten. Rein politische Projekte, die oft nur in Klientelismus münden, sind zu vermeiden.